

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

2.1.1931 (No. 1)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsrueher-  
Strasse Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 9515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. M. e. n. b.  
Karlsruhe

Preis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen laufende Abnahme, bei als Kassentabell gilt und bevorzugt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Klageerhebung, z. B. wegen Verletzung der Rechte der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Klageerhebung, z. B. wegen Verletzung der Rechte der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Klageerhebung, z. B. wegen Verletzung der Rechte der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt.

### Letzte Nachrichten

#### Der Vorsitz in der Januar-Ratstagung Übernahme durch Henderson auf deutschen Vorschlag

M. Berlin, 2. Jan. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, hat sich der britische Außenminister Henderson, den Ausregungen Deutschlands entsprechend, entschlossen, den Vorsitz in der Völkerbundsratstagung im Januar zu übernehmen. Reichsaussenminister Dr. Curtius wird dann bei der nächsten Ratstagung als Präsident fungieren. Es liegt also nicht etwa ein deutscher Verzicht vor, sondern lediglich ein Tausch. Deutschland machte seinen Vorschlag deshalb, weil der deutsche Reichsaussenminister befürchtet, durch die Leitung der Versammlung stark darin behindert zu werden, die Begründung für unsere Forderungen gegen Polen mit der notwendigen Sachlichkeit und Schärfe vorbringen zu können.

#### Die Berliner Neujahrskundgebungen Die Stellung der Regierung zur Außen- und Innenpolitik

M. Berlin, 2. Jan. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen werden die (an anderer Stelle mitgeteilten) Neujahrskundgebungen der Reichsregierung mit besonderem Interesse aufgenommen, weil sie mancherlei Rückschlüsse zulassen, zunächst in außenpolitischer Hinsicht. Es ist zu beachten, daß noch niemals mit gleicher Schärfe von einer amtlichen deutschen Seite die Anklage wegen Nichtinhaltung des Versailler Vertrags erhoben worden ist wie diesmal, sowohl von Groener wie von Gläbeburg. Auch der Hinweis auf die unerledigte Saarfrage, die Notwendigkeit einer Revision der Reparationslasten und die Unhaltbarkeit unserer territorialen Grenzen im Osten werden als Anklänge einer härteren Aktivität unserer Außenpolitik angesehen.

In innerpolitischer Hinsicht ist besonders die (von uns bereits mitgeteilte) Neujahrskundgebung des Reichskanzlers erwähnenswert. Sie ist allerdings nur dann verständlich, wenn man weiß, daß in den letzten Wochen des vergangenen Jahres vielfach behauptet wurde, die Regierung Brüning sei erschüttert, man müsse eine Annäherung weiter nach Rechts suchen. Dieser Auffassung ist Brüning offenbar bewußt entgegengetreten. Nur so ist seine Bemerkung zu verstehen, daß ein Handwerker sein Werkzeug nicht niederlege, ehe die Arbeit beendet sei. Das würde auch die Auffassung bestätigen, daß Brüning sich gegen einen Rechtskurs bisher energisch zur Wehr gesetzt habe. Eine Ergänzung dafür findet sich in der Erwiderung Hindenburgs an Groener, daß das Trennende in Deutschland nicht so groß sei, um gemeinsame Arbeit am Vaterlande unmöglich zu machen.

#### Teilstreik im Ruhrbergbau Folge radikaler Agitation

W. Dortmund, 2. Jan. (Tel.) Auf einer ganzen Anzahl von Zechen im Ruhrgebiet kam es heute früh unter dem Druck der Arbeitslosen, die die Zechentore besetzt hatten, zum Streik. Während auf einzelnen Zechen nur ein Teil der Belegschaft nicht eingefahren ist, ruht auf anderen Zechen die Arbeit vollständig. Soweit sich bis jetzt feststellen ließ, werden von diesem Streik etwa 20 Zechen des Ruhrbergbaus betroffen.

Auf der Schachtanlage Lohberg der Vereinigten Stahlwerke ist ein großer Teil der Arbeiter nicht eingefahren. Lediglich 225 Arbeiter haben die Arbeit aufgenommen. Die Zechenverwaltung führt die Arbeitsniederlegung auf die verstärkte Propaganda der sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition zurück, die gestern in Gelsenkirchen eine Konferenz abhielt, in der ultimative Forderungen an die Zechenbesitzer gerichtet wurden. Unter anderem wurde die sofortige Zurücknahme der Kündigungen verlangt. Bei Ablehnung dieser Forderung sollte ein Streikbeschluss herbeigeführt werden.

W. Essen, 2. Jan. Der Christliche Bergarbeiterverband hielt gestern, am Neujahrstage, ebenso wie die anderen Gewerkschaften im Ruhrbergbau Versammlungen der Bergarbeiter und Konferenzen der Funktionäre ab. In diesen Konferenzen wurde der Aufruf der Bergarbeiterverbände besprochen und verlangt, daß nach diesem Aufruf gehandelt werde. In allen Konferenzen herrschte große Erregung.

#### Die Kämpfe in Hinterindien

W. Rangoon, 2. Jan. (Tel.) Der Aufstandsort der Aufständischen, ein Palast auf dem Gipfel eines bewaldeten Berges, wurde von den burmesischen Truppen erobert und zerstört. 17 Aufständische, von denen die meisten eine führende Rolle spielten, wurden im Kampf getötet.

### Die Neujahrfeier der badischen Staatsregierung

Die diesjährige Neujahrfeier der badischen Staatsregierung fand nicht, wie in den letzten Jahren, im Badischen Landestheater, sondern wiederum in den Räumen des Staatsministeriums in der Erbprinzenstraße in Karlsruhe statt. Zu der schlichten Feier, die um 12 Uhr begann, hatten sich neben den Regierungsmitgliedern Vertreter aller Kreise des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens eingefunden. Anwesend waren u. a. Staatspräsident und Innenminister Wittemann, Kultus- und Justizminister Dr. Kemmerle, die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden, des Landtags, Vertreter der Kirchen, von Kunst und Wissenschaft, Parlament und Presse, wie auch Vertreter der Gemeinden.

Im Mittelpunkt der Feier stand die im folgenden wiedergegebene Ansprache des Staatspräsidenten und Innenministers Wittemann, die mit ihrem mahnenden und vorausblickenden Inhalt einen tiefen Eindruck hinterließ. Der Staatspräsident behandelte auch die besonders schwierige Lage des Grenzlandes Baden, machte sich zum Schluß die Ausführungen des Reichskanzlers zum Jahreswechsel zu eigen, und entbot in diesem Sinne seinen Neujahrsgruß den Versammelten, dem ganzen Badener Land und unserem lieben deutschen Vaterland. Umrahmt wurde die Ansprache durch zwei ausgezeichneten Vorträge des Voigt-Quartetts. Es spielte zur Einleitung die spanische Variationen zum sog. Kaiserquartett, von dem bekanntlich die Hymne unseres Vaterlandes stammt, und zum Schluß das „Allegro“ aus dem Frühwerk Beethovens, dem Streichquartett op. 18 Nr. 1 F-Dur. Die Minister nahmen vor und nach der Veranstaltung die Glückwünsche der Erschienenen entgegen.

#### Ansprache des Staatspräsidenten Wittemann

Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
In diesen Tagen ergießt sich über uns alle aus dem menschlich begreiflichen und überall seit jeher bestehenden Bedürfnis heraus, beim Jahreswechsel den Angehörigen, Verwandten und Bekannten etwas Liebes und Gutes zu bekunden, eine Flut von Glück- und Segenswünschen. Ähnlich wie Jahres- und Jahresbeginn in trautem Kreise gefeiert werden, hat sich auch im staatlichen Leben die Gewohnheit gebildet, Neujahr besonders festlich zu begehen. Sie ist es auch gut badische Tradition schon geworden, sich am ersten Jahrestage jeweils zu einer Feiertunde mit der badischen Regierung zusammenzufinden. Daß Sie auch dieses Jahr so zahlreich sich hier in den Räumen des Staatsministeriums eingefunden haben, ist mir festzustellen eine aufrichtige Freude. Namens der badischen Regierung und meiner selbst heiße ich Sie alle von Herzen willkommen und entbiete Ihnen aufrichtigste Glückwünsche und mit Ihnen dem gesamten badischen Volke in Stadt und Land für das beginnende neue Jahr 1931. Möge es uns allen ein von Gott begünstetes werden.  
Ein Jahreswechsel ist ein bedeutsamer Zeitpunkt im Laufe der Tage, Wochen und Monate. Er gibt allen Anlaß zum Rückblick auf das, was hinter uns liegt und zur Ausschau auf das, was kommen wird.

Das verfloßene Jahr 1930 war kein gutes, kein erfreuliches, von ganz wenigen Lichtpunkten abgesehen. Fest und intakt ist unsere deutsche Währung geblieben und hat allen drohenden Gefahren standgehalten und wird es weiter tun. Erhebende Tage erleben wir, als der vom Feind besetzte deutsche Boden wieder dank der ersten Bemühungen der Reichsregierung früher als wir es kurz zuvor noch erwarten durften, ganz frei wurde. Auch das bei Weitem von den Franzosen unter militärischer Macht gehaltene badische Gebiet wurde dabei frei. In ersterer Feiertunde hat unsere Freude darüber in Weisheit beredeten, würdigen Ausdruck. Aber mit der Freigabe des deutschen Bodens ist nur ein Teil der berechtigten deutschen Bestrebungen und Wünsche erreicht. Viele sind noch unerfüllt. Um auch sie zur Erfüllung zu bringen, bedarf es weiter unentwegter Arbeit. Noch ist das Saargebiet unfrei. Noch drückt uns die Kriegsschuld mit all den Lasten und Opfern, die man auf die künstlich erkonnene Allein Schuld Deutschlands am Kriege aufbaute. In den weitesten Kreisen der ganzen Welt hat man diese im Versailler Diktat uns aufgezwungene Allein Schuld als unzutreffend und wahrheitswidrig erkannt. Aber noch ist man leider nicht so weit, der Wahrheit auch offiziell und völkerrätlich die Ehre zu geben und dann die daraus sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen! Noch laßen die uns auferlegten Kriegsschulden auch in der Form des März 1930 unter dem Druck unserer finanziellen Notlage angenommen und von ihr leider aufs ungünstigste beeinflussten Youngplans schwer und unenträglich, unser Volk nahezu zum Zusammenbruch und Erliegen bringend auf uns und unseren Kindeskindern! Noch hat man nicht im Völkerrunde erkannt, daß ein Volk Reparationen nur zahlen kann, wenn es wirtschaftlich lebensfähig ist, und zuerst das nötige Brot hat, und daß auch einem Volke, das schließlich in allen Ehren gegen eine ganze Welt von Feinden erlag und die Kriegskosten bezahlen muß, nichts Unmögliches angeonnen werden darf.

#### Der Kampf um unser Recht und um Abwehr des Unmöglichen

an Leistungen muß auch 1931 weitergehen, nicht in fädelrassender, kriegerischer Weise, aber mit den Mitteln, die ein hochstehendes Kulturvolk, das auch in Ketten noch sich frei fühlt, hat, den diplomatischen Verhandlungen, dem Protest und dem Appell an das Völkergewissen und an die Solidarität aller Kulturvölker, deren Wirtschaft selbst nolledend wird, wenn man ein Volk wie das deutsche so wie es bis jetzt geschah, weiterbehandelt. Noch ist unsere Ofgrenze, ist Danzig ein Problem, dessen bis jetzt beliebte Lösung keine dauernde Befriedigung schaffen kann. Und was Polen bei seinen letzten Wahlen sich gegen unsere deutschen Volksgenossen, die das Unglück haben, innerhalb der polnischen Grenze wohnen zu müssen, leistete, ist eine Kulturschande, gegen welche die ganze Welt protestieren und auf Abhilfe sinnen möchte. Noch versagt man Millionen Deutschen, besonders in Osterreich und im Korridor das sonst feierlich proklamierte und beiligte Recht der Selbstbestimmung der Völker. Während man uns zur völligen Entwaffnung zu Wasser, zu Land und in den Lüften bis auf eine 100 000-Mann-Miliz mit der bescheidensten militärischen Ausstattung als angebliche Einleitung einer allgemeinen Abrüstung aller Völker zwang, hat man die feierliche Zusicherung des eigenen militärischen Abbaus in sein Gegenteil verkehrt. Man bewaffnet sich um uns immer mehr unter Ausnützung aller Möglichkeiten der Technik und Wissenschaft bis ins Ungeheuerliche, umzieht uns mit vielen Millionen aufs Beste und Neueste ausgebildeter und mit all den furchtbaren Mitteln neuester Entdeckungen und Erfindungen für moderne Kriegsführung ausgestatteten Soldaten und zieht

#### um das freie Glas der deutschen Grenze einen furchtbaren Bestattungsgürtel.

Wagt dann ein deutscher Politiker einmal, auf das Angezeimte von all dem und auf die unerträgliche, ungerechte Behandlung unseres deutschen Volkes hinzuweisen, erregt unsere weislichen Nachbarn, mit denen wir gerne in wirklichem Frieden und in wirtschaftlichem Austausch der Werke des Friedens leben möchten, eine Empfindlichkeit, wie sie zu den Auslassungen des Zentrumsführers Dr. Kaas, die doch nur Vinsinnwahrheiten enthalten, eben erst zu bemerken ist.

Die Staatsmänner, Diplomaten, die vernünftigen Wirtschaftler der ganzen Welt haben hiernach allein schon 1931 ein überreiches Arbeitsfeld, hier nach dem Rechten zu sehen und für dasselbe sich einzusetzen, abzubauen, was uns Deutsche national, kulturell und wirtschaftlich demütigt und schädigt. Das Jahr 1930 war nicht bloß außenpolitisch im Ganzen unbefriedigend. Auch

#### innenpolitisch

ist es für uns ein unerfreuliches. Schon die Witterung war abnorm, und unsere Wirtschaft dadurch sehr ungünstig beeinflusst. Naturereignisse und Unglücksfälle aller Art, besonders im Bergbau, taten das ihre, das Bild weiter zu verschlechtern. Industrie, Handel und Verkehr, Landwirtschaft und damit die Arbeiterschaft, gerieten in immer größere wirtschaftliche und finanzielle Nöte. Zunehmende Verschuldung, Zusammenbrüche, allzu teurer oder gänzlich mangelnder Kredit, sich durch die ganze Lage zwangsweise ergebende steigende Steuerlasten, Zusammenlegungen, Betriebsseinstellungen, Betriebsumstellungen, Rationalisierungen tragen ihrerseits weiter dazu bei, das Jahr immer ungünstiger zu gestalten. So mußte die furchtbare Tatsache eintreten, daß wir

#### 4 Millionen Erwerbslose

haben, mit ihren Angehörigen ein Fünftel unseres ganzen deutschen Volkes. Ein schlechter Trost ist es, daß auch das reiche Nordamerika, daß England und Italien unter der gleichen Last der Arbeitslosigkeit leiden, und daß selbst das reiche Frankreich nach der Erklärung seines Finanzministers vom 27. Dezember 1930 Anzeichen erster Erschütterungen und anhebende Arbeitslosigkeit als Wirkungen der allgemeinen Weltwirtschaftskrise zeigt. Die deutschen Fürsorgeaufgaben, für deren Bewältigung die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung längst nicht mehr ausreicht, haben namentlich den Gemeinden Ausgaben verursacht, die nachgerade eine Steigerung kaum mehr ertragen. Alle ernstlichen Versuche in Reich und Ländern, dem Haupt- und Grundübel unserer Zeit, der Arbeitslosigkeit zu steuern, haben bis jetzt leider ernfliche dauernde Abhilfe nicht bringen können. Lohnsenkungen, Preisabbau, Gehaltskürzungen werden zur Zeit als Mittel bemüht, neben den Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen des Reichs, der Länder und der Gemeinden, mit Steuererhöhungen, Steuervereinfachungen und der allgemeinen Vereinfachung und Verbilligung der ganzen Staatsmaschinerie. Die innenpolitischen Verhältnisse sind weiter ungünstig beeinflusst und sorgenerregend durch

#### die Parteierschlitterungen

und die bis zur teilweisen Selbstberblutung führenden Parteikämpfe, die eine richtige Aktivität der Regierungen und gesunde durchgreifende Maßnahmen auf regelrechtem parlamentarischen Wege verhinderten, den Reichstag zur Beschlusfassung über die erforderlichen Maßnahmen untuglich machten und trotz Neuwahl immer wieder zur Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung, zu den Notverordnungen führten. Und dann: — zur wirtschaftlichen, finanziellen und politischen noch eine geistige, sittliche, religiöse Not!

Der Materialismus ist vorherrschend, die auri sacra fames, die den Menschen aus dem Subjekt der Wirtschaft weitgehend zum Objekt des Wirtschaftens macht, ein geistiger Liber-

tinismus, Sexualismus und Aufklärungsmittel macht sich breit, die Körperkultur ist über die des Geistes gestellt, die sittlichen, idealen und religiösen Güter werden im öffentlichen wie privaten Leben unterschätzt und vernachlässigt und zur Wirtschaftsnote kommt die Seelennot. Und doch ist die Seele jeder Kultur in erster Linie die Kultur der Seele selbst.

Aberall Kampf, Flux, nichts Festes — nur der Herr Reichspräsident und die von seiner Autorität gekürzte Reichsregierung mit dem Reichsminister Dr. Brüning

zeigten sich als festen Pol in der Erscheinung. Die Reichsminister, von Dr. Brüning geführt, verdienen dafür das gerade soeben von dem Verband der hessisch-nassauischen Industrie- und Handelskammer besonders stark unterstützte Vertrauensvotum. Gewiß, nicht alle Maßnahmen finden unsere Zustimmung, und gerade manche derselben, wie z. B. nur auf die auf dem Gebiete der Tabaksteuerung, der steuerlichen Maßnahmen treffen uns im Grenzlande Baden besonders hart — aber man sieht doch einen festen Willen und einen Weg, der, wenn er zu Ende gegangen ist, hoffentlich bringt, was wir alle ersehnen müssen, Beendigung der finanziellen und wirtschaftlichen Notlage und Beginn neuen Aufschwungs, ja, wenn auch unter schwersten und drückendsten Opfern seitens Aller, nach Maßgabe ihres Könnens. Die politische Einsicht, die politische Verantwortlichkeit gegenüber dem Staate und dessen Bedürfnissen, die Liebe zum Volk und dessen Erhaltung im Staat, muß immer mehr die Oberhand gewinnen über Schlagwortpolitik, vertieften Nationalismus, politischen und wirtschaftlichen Pessimismus und unfruchtbare hemmungslose Kritik und Verleumdung, unbeschadet natürlich des Rechts des freien Wortes und geordneten Kampfes gegen alle schädlichen Auswüchse und verkehrte oder beanstandbare Maßnahmen. Wo immer solche sich zeigen.

Was wir als Staatsbürger selbst sind, das ist unser Staat. Wir sind die Former des Schicksals unserer engeren und weiteren deutschen Heimat. Das Wort, das ein Kirchenlehrer vor bald 1000 Jahren schrieb, daß die demokratische Staatsform die schwierigste sei und ein geistig und sittlich hochstehendes, opferbereites Volk voraussetze, gilt auch heute noch in vollem Umfange. Schwäche, Entmutigung, beunruhigende Gerüchte, böse Unterstellungen seien nicht am Platze, mahnt der Finanzminister Germain Martin soeben seine Franzosen, das Wort gilt auch uns. Und das Vertrauen, das der nordamerikanische Handelsminister soeben erst auf Deutschland trotz der gegenwärtigen, die ganze Welt umfassenden Depression hat, daß es bald aus seiner gegenwärtigen Handels- und industriellen Schwierigkeit herauskommen werde, müssen wir als rechte deutsche Männer auf uns selbst setzen. Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott, bleibt ein Trostwort.

Das deutsche Volk hat immer noch seinen Weltberuf. Es ist ein Volk nicht nur der Dichter und Denker, nein, auch der Erfinder mit den bedeutsamsten epochenmachenden Erfindungen auf allen wirtschaftlichen Gebieten, namentlich der Entwicklung und Anwendung moderner industrieller technischer Methoden und Verfahren und kann, wenn es sich nicht selbst aufgibt, nicht untergehen. So schwer 1930 war, Deutschland hat noch schwerere Zeiten überwunden! Berdicht auf manches, was uns lieb und taumt entbehrlich ist, einfachere Sitten, Sparsamkeit, Genügsamkeit werden dabei helfen, neben sittlicher und religiöser Erhaltung.

Des Reiches Schicksal ist das unserer engeren Heimat Baden. Die Länder sind mehr wie je vom Reiche abhängig, finanziell wie wirtschaftlich. Baden hatte seinen Etat 1930 nahezu auf dem Papiere ausgeglichen, die wirtschaftliche Entwicklung brachte schwere Enttäuschungen, die wirtschaftliche Not ist größer in unserem Grenzlande als sonstwo. Die Schiffbarmachung des Rheines bis Basel, der Ausbau der Wasserkräfte am Rhein, die Elektrifizierung der Bahn sind immer noch leider zum guten Teil im Zustand der Vorarbeiten. Die Wohnungsfürderung und damit das Schlüsselgewerbe, ist gefährdet. Stilllegungen und Verlegungen bedrohen unser Wirtschaftsleben. Viele Gemeinden müssen zwangsetzigt werden. Sparmaßnahmen eingreifender Art sind überall geboten und angeordnet und die Verbilligung und Vereinfachung der gesamten öffentlichen Verwaltung ist in die Wege geleitet. Die politische Unruhe und Zerrissenheit hat sich fast bei den Reichs- und Gemeindevahlen auch bei uns gezeigt.

Und doch dürfen wir im Lande so wenig wie im Reiche uns entmutigen lassen. Wenn wir wollen, werden wir die schlimmste Lage zwingen. Gaben wir die richtige Gesinnung und Tatkraft, dann wird uns der trotzlose Anblick, den uns das beginnende Jahr 1931 bietet, nicht schrecken, sondern anspornen. Eine vernünftige Wirtschaft, Sozial- und Steuerpolitik, vaterländische, opferbereite Gesinnung, Zurückstellung der Selbstsucht und Voranstellung des Allgemeinwohles, fester Wille, Bereitschaft zum gemeinsamen Tragen können und werden uns helfen, sagt zu dieser Jahreswende Dr. Brüning, der weiter meint: „Wenn wir die schlimmsten Zeiten benutzen, um Mißstände abzustellen, die sich in unser gesellschaftliches, soziales und politisches Leben eingeschlichen hatten, wenn wir nötige Reformen heute unter dem Druck der Not kraftvoll angreifen, dann ziehen wir die rechten Lehren. Und wenn wir jetzt, wo uns gemeinsames Schicksal die regle Verbundenheit aller Schichten und Stände täglich beweist, uns als ein Volk fühlen lernen, dann werden zugleich die feilschen Kräfte lebendig, die die besten Bürger einer schöneren Zukunft sind.“

Mögen mit Gottes Hilfe und Gottes Segen diese Worte Erfüllung finden. In dem Sinne gilt mein Neujahrsgruß Ihnen allen, dem ganzen Badener Lande und unserem lieben deutschen Vaterlande.

Durch Nacht zum Licht. Auf Not und Elend wieder ein Blühen und Gedeihen. Möge man übers Jahr das von 1931 sagen können!

**Tarifkündigungen in der bayerischen Textilindustrie.** Die Landesgruppen Südbayerns und Nordbayerns des Verbandes Süddeutscher Textilarbeitgeber haben zum 10. Januar 1931 die Tarifverträge für die Arbeiterschaft gekündigt. Die Forderungen der Arbeitgeber, die auf eine Herabsetzung der derzeit geltenden Lohnsätze hinauslaufen, sollen nachträglich den Gewerkschaften übermittelt werden. Von der Tarifkündigung werden 55-60 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

**Schiedspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbau.** Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau für verbindlich erklärt.

**Ja dem Befinden Joffres** ist seit Donnerstag vormittag keine Änderung eingetreten. Der Kranke hat das Bewußtsein nicht wieder erlangt.

**Eintritt Parker Gilberts in das Banthaus** Morgan. Der frühere Generalagent für die Reparationszahlungen, S. Parker Gilbert, tritt in das Banthaus J. P. Morgan & Co. als Teilhaber ein. Es verlautet, daß keine Abweichung von der bisherigen Politik der Bank, insbesondere auf dem Gebiet der Gewährung von Auslandsanleihen beabsichtigt ist.

**Hoovers Neujahrsempfang.** Präsident Hoover empfing im Weißen Hause in Washington 6429 Neujahrsgelübten, denen er die Hand schüttelte.

### Bedeutende Neujahrseckundgebungen

#### Hindenburg für praktische Zusammenarbeit

Anlässlich des traditionellen Neujahrsempfanges des Reichspräsidenten hielten Reichspräsident Hindenburg und als Vertreter des Reichstanzlers Reichswehrminister Groener programmatische Ansprachen, die in politischen Kreisen großen Eindruck gemacht haben.

In den Reden kommt das entschlossene Festhalten an der Politik der Zusammenfassung aller positiven Kräfte zum Ausgleich der scharfen Interessengegenstände der Völker und des Fortschritts der Menschheit zum Ausdruck. Im Rahmen dieser Politik muß dafür gesorgt werden, daß die sittlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden. Die Pflicht und die im vergangenen Jahre eingetretene Wandlung der Weltwirtschaftslage begründen die Notwendigkeit, der Revision des Youngplanes näherzutreten. Unter deutlicher Anspielung auf die unbefriedigenden Ergebnisse der verschiedenen Genfer Konferenzen, sprach der Reichspräsident die Erwartung aus, daß die internationale Zusammenarbeit im kommenden Jahr sich wirksam genug erweise, um das deutsche Volk vor weiteren schmerzlichen Enttäuschungen zu bewahren, aber er warnte auch in eindringlichen Worten davor, die politischen und persönlichen Gegensätze zu einem Kampf ausarten zu lassen, der das deutsche Volk zerreißt und zur Bildung eines gemeinsamen Willens unfähig mache.

Bei den Empfängen überbrachte zunächst Runtius Orsenigo als Doyen die Glückwünsche des Diplomatischen Korps. Auf die Ansprache des Runtius erwiderte der Reichspräsident u. a., daß das deutsche Volk mit steigender Spannung die Wirksamkeit der internationalen Zusammenarbeit im neuen Jahre erwarte, um das deutsche Volk vor weiteren schmerzlichen Enttäuschungen zu bewahren.

Für den beurlaubten Reichstanzler überbrachte Reichswehrminister Dr. Groener die Glückwünsche der Reichsregierung. In seiner Ansprache erklärte Minister Dr. Groener u. a., es sei die Pflicht der Reichsregierung, darauf zu achten, daß durch den neuen Plan die sittlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert würden, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung gegenüber dem deutschen Volke gewährleistet werde.

Der Reichspräsident billigte diese Auffassung der Reichsregierung in seiner Erwiderung, ebenso wie er sich mit der Reichsregierung einig fühlte in der Ansicht, daß die Durchführung der allgemeinen Abrüstung nicht nur ein Gebot internationaler Gerechtigkeit gegenüber Deutschland sei, sondern auch das sicherste Mittel zu einer wirtschaftlichen Befriedung der Welt. Die Bemühungen der Reichsregierung in der Sorge um das Deutschum im Ausland und den Schutz der deutschen Interessen fänden seine Unterstützung, ebenso wie ihre Maßnahmen im Kampfe gegen die wirtschaftliche Not. Der Reichspräsident betonte die Notwendigkeit, über den eigensinnigen Streit um politische Programme den Zusammenschluß zu gemeinsamer praktischer Arbeit nicht zu vernachlässigen. Das deutsche Volk verfolge über starke innerliche Kräfte, die zur Befriedung nutzbar gemacht werden müßten.

Auch die Wehrmacht, der Reichstag und der Reichsrat, die Reichsbahn und die Reichsbank überbrachten durch ihre leitenden und verantwortlichen Persönlichkeiten ihre Glückwünsche.

Eine große Menschenmenge hatte sich vor dem Hause des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße angesammelt, die den Reichspräsidenten, der nach Beendigung der Empfänge auf den Balkon trat, mit stürmischen Hochrufen begrüßte.

Anlässlich des Jahreswechsels hat der Reichspräsident mit den Königen von Bulgarien, Dänemark, Norwegen, Rumänien und Schweden, sowie mit dem Reichsverweser v. Horthy und dem Bundespräsidenten Niklas telegraphische Glückwünsche ausgetauscht.

#### Zehn Jahre deutsche Wehrmacht

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Reichswehr sprach Reichswehrminister Groener am Neujahrstag auf der Deutschen Welle im Rundfunk über Geschichte, Aufgaben und Leistungen der Reichswehr. Er stellte fest, daß die uns aufgeworfene Wehrerschaft im Vergleich zu dem Wehrsystem anderer Länder die relativ höchsten Kosten verursache und ging dann auf den ungeheuren Gegensatz zwischen dem Deutschland auferlegten Beschränkungen im Ausbau seiner Wehrmacht und dem Ergebnis der letzten Genfer Abrüstungsverhandlungen ein. Er erklärte, daß Deutschland für sich das gleiche Maß von Sicherheit beanspruchen könne, wie alle anderen Staaten. Die Welt dürfe über die Tragweite dieser Frage nicht im Unklaren bleiben.

Nachdem der Minister noch Fragen der Ausbildung und verschiedene Reformen auf dem Gebiete des Strafwesens behandelt, die Notwendigkeit einer völlig unpolitischen Haltung der Wehrmacht betont und sich ferner mit dem Ausbau der deutschen Marine beschäftigt hatte, schloß er mit der Feststellung, daß niemand in Deutschland einen Krieg wolle, aber daß die Landesverteidigung eine Lebensfrage der Nation sei.

#### Badisches Landestheater Die schöne Helena

Auch bei der ersten Wiederholung der neueinstudierten „Schönen Helena“, welche uns die begnadete Weihnachtszeit beschied hat, am Silbestradabend nämlich war es doch eigentlich merkwürdig, daß es wohl die Konventionellen, aber kaum spontane Beifallsbezeugungen gab. Die Annahme allerdings, es läge vielleicht daran, daß zu wenig Nähe auf diese Offenbach-Operette verwendet worden sei, wäre verfehlt; es ist im Gegenteil mit sehr großem Fleiß und Eifer daran gearbeitet worden, ja fast mit zu viel Drum und Dran, wodurch man dem leichten Gehalt des Wertes einige Gewalt antat. Nun ist es freilich — nicht nur vom Reizstandpunkt aus — zu verstehen, daß man gerade bei solcher Gelegenheit durch eine möglichst farbige Inszenierung die Besucher anlocken will, daß man deshalb auch sonst noch manches in den Vordergrund rückt. Jedoch sollte man nicht so weit gehen, daß dadurch das künstlerische Maß überschritten wird, und daß das Musikalische dabei erheblich zu kurz kommt. Denn in erster Linie hat sich eben Offenbachs „Helena“ auf Grund ihres hohen Musikwertes auch in unsern Opernhäusern Heimatrecht erworben, und dieser ureigenlich künstlerische Gehalt darf niemals durch eine pompöse Aufmachung erdrückt oder beinahe zur Neben Sache werden.

Gewiß, es stand Josef Krips persönlich am Dirigentenpult und er tat mit der ihm eigenen Vorliebe für das Genre wie-

#### Wie beschäftigen wir die Arbeitslosen Ausführungen des Reichsfinanzministers

Ein Neujahrartikel des Reichsfinanzministers Dietrich in der „Voss. Ztg.“ beschäftigt sich mit dem Arbeitslosenproblem. Nach dem Hinweis auf die ungeheuren Leistungen zur Unterstützung der Arbeitslosen, die die deutsche Wirtschaft kaum mehr zu tragen vermag, betont der Minister, daß der Versuch gemacht werden müsse, die Arbeitslosen zu beschäftigen. Schon ein Teilerfolg wäre eine gewaltige finanzielle Entlastung und ein großer moralischer Erfolg. Der wiederbeschäftigte Arbeitslose würde Produkte schaffen und damit die Volkswirtschaft bereichern.

Die Schwierigkeit liegt in der Frage des Abfages. Es ist zu überlegen, ob man die Beschäftigung von Arbeitslosen kombinieren kann mit der Aufgabe, die Preise besonders wichtiger Produkte zu senken. Soll ein solcher neuer Weg betreten werden, so erfordert er nach Ansicht des Ministers zunächst eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung, zum mindesten bezüglich der produktiven Arbeitslosenförderung. Die Zeit sei zu doktrinen Einwirkungen und Erwägungen nicht geeignet. Man müsse da ansetzen, wo die Aussicht besteht, bei lebenswichtigen Produkten der deutschen Wirtschaft Preisentwürfen großen Ausmaßes zu erzielen, die gleichzeitig eine Senkung der Produktionskosten für große Teile der Volkswirtschaft bedeuten. Es gelte, den Kampf um die Lebensfrage des deutschen Volkes aufzunehmen, wie beschäftigen wir die Arbeitslosen?

#### Geheimrat Duisberg über die Aussichten von 1931

In einem Interview für das „Tempo“ führt der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Duisberg, u. a. aus: Die Durchführung des Sanierungswertes der Reichsregierung erscheint ausreichend gesichert. Im zweitmäßigen Ergänzungen zu finden, die es zu dem machen sollen, was in der Absicht seiner Schöpfer liegt, zu einer Grundlage für eine gesunde Entwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Lebens, hält er u. a. für notwendig: Weiterführung des Ausgabenabbaus und Verwaltungseinsparungen bis auf ein unbedingt notwendiges Maß, Vertrauen in unsere eigene Kraft und Leistungsfähigkeit, Ausweitung unserer Exportmöglichkeiten, Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit durch Selbstkostenenkung und Reduzierung der untragbaren Bestimmungen des Versailler Diktates sowie Änderung der untragbaren Lasten aus dem Youngplan. Die internationale Weltkrise wird erst überwunden werden, wenn das Herz Europas, nämlich Deutschland, wieder leben und arbeiten kann.

#### Ziele der Reichsreform Eine Neujahrsvorlesung des bayerischen Ministerpräsidenten

Zum Jahreschluss richtet der bayerische Ministerpräsident Dr. Held eine bedeutende Rede an das bayerische Volk. Er weist auf die Bestrebungen des politischen Umsturzes in großen Teilen der Welt und auf seinen Wegbereiter, den geistigen Umsturz, hin. Die bayerische Regierung werde alle Kraft daran setzen, die Not zu lindern. Zur Verhütung noch größerer Elends sei es auch entschlossen, jeden Umsturzversuch im Reine zu erstickten, gleichviel von welcher Seite er kommen sollte.

Dr. Held weist auf den verhängnisvollen Irrtum jener Kreise hin, die als Schwachpunkt im Verfassungsleben des Reichs die bundesstaatliche Gewaltenteilung erblicken wollen. Die Mängel des Verfassungslebens beständen nicht in der Gewaltenteilung zwischen Reich und Ländern, sondern vielmehr darin, daß die Reichsgewalt als solche einer hinreichend starken Grundlage entbehre. Sie ruhe also einseitig auf dem Reichsparlament, das als getreues Spiegelbild der parteimäßigen Zerrissenheit des deutschen Volkes für sich allein kein festes Fundament für eine starke Reichsgewalt bilden könne. Hier sei der schwache Punkt im Reichsbau zu sehen, und hier gelte es, die Hand anzulegen.

Dr. Held fordert als Traumpfeiler für die Bildung einer starken Reichsgewalt die Erhebung des Reichsrats zur gleichberechtigten zweiten gesetzgebenden Kammer nach dem Vorbild des Bundesrats, Gewährleistung einer großen Stetigkeit der Reichsregierung und Ausbau der verfassungsrechtlichen Machtvollkommenheit des Reichspräsidenten. Die Verfassung dürfe nur in allerhöchsten Fällen geändert werden. Es sei Bayerns Aufgabe, im kommenden Jahr und in der Zukunft allen Umsturzversuchen schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

#### Nicht Drohung, Warnung!

Die „Germania“ beschäftigt sich unter der Überschrift „Nicht Drohung, Warnung!“ mit dem Echo, das das Vorkommen des Prälaten Kaas zu dem Buche über die deutsche Außenpolitik gefunden hat.

Das Blatt schreibt: „Prälat Kaas hat das deutsche Volk mit einem Samion verglichen, dem man zwar seine Kraft genommen habe, der aber eines Tages sehr wohl wieder stark werden und die Pflaster unter den brechenden Mauern des Gehälles begraben könne. Es ist keine Drohung, sondern eine Warnung vor Kräften, welche sich heute in Deutschland bedrohlich zu regen beginnen und gegen die alle gemäßigten politischen Fronten zu machen suchen. Gerade da Kaas und seine Gesinnungsgenossen der Meinung sind, daß durch einen Sieg des Radikalismus in Europa noch größerer Antriebe als bisher kommen könnte, wenden sie sich in so entschiedener und verantwortungsbewußter Weise gegen die Verzagertenstafel der ehemaligen Siegermächte in allen die deutsche Zukunft und das deutsche Lebensrecht betreffenden Fragen.“

der sein Bestes, um den Intentionen des Tonichters gerecht zu werden. Aber er konnte, gleichwohl das Ganze musikalisch nicht so straff zusammenfassen, wie es erwünscht gewesen wäre. Es gab zu viel und zu lange Reden zwischen den Musikstücken, und es war schon eine Umwertung des Gewollten, daß mehrmals die beteiligten Schauspielkräfte, nicht aber die Sänger Hauptträger der Handlung schienen. Im übrigen war dann weiter, wenn man diese grundsätzliche Änderung mit in Kauf nahm, unwillkürlich des öfteren zu fragen, warum Victor Pruscha als Regisseur wenigstens nicht auf Deutlichkeit des Dialogs, auf wiggere Pointierung der Worte gedrungen hatte. Auch das hätte immerhin noch ganz dem feinen Spürsinn Offenbachs entsprochen, der hier doch die „Rasier Oper“ direkt parodieren, sie spitz und scharf karikieren wollte, und Torsten Oech hätte konsequenterweise ebenso in seinen Dekorationen, wie Marg. Schellenberg in ihren Kostümen diesem bitteren Sarkasmus stärker Rechnung tragen müssen.

Wenden noch zum Endergebnis der Aufführung die solistischen Leistungen. Vom Musikalischen her sind vor allem Emmy Seiberlich (Helena) und Wilhelm Rentwig (Paris) zu erwähnen, auch Karlheinz Eiser (Ralsch) und Ellen Winter (Orfrees), unter den andern Darstellern erlaube ich mir vorab Hermann Brand als Menelaus zu nennen eine derb possenhafte Übertreibung, die freilich mit dem feingitigen Komödienpiel, das schließlich doch „die schöne Helena“ ist, in einigen Widerstreit geriet.

S. Sch.

## Friedenskundgebungen im Ausland

### Eine Neujahrsvorlesung Herriots

Unter der Überschrift „Wir wollen zusammenarbeiten“, veröffentlicht der frühere französische Ministerpräsident Edouard Herriot eine Neujahrsvorlesung, die sich eingangs mit den in den letzten Jahren zwischen Deutschland und den Alliierten getroffenen Abkommen beschäftigt. Besonders erwähnt Herriot, daß unter seiner Regierung der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorbereitet worden sei. Dann heißt es weiter: Ich bin nicht der Ansicht, daß 1930 für die Sache der Annäherung gut gewesen ist. Das Jahr 1931 wird sehr bedeutsam, wenn nicht entscheidend sein. Ich sehe auch ein, daß wichtige Probleme zwischen Deutschland und Frankreich bestehen. Aber ich glaube, daß eine geduldige und loyale Zusammenarbeit ihre Lösung möglich machen wird, während Prinzipienfragen nur Konflikte herbeiführen können.

### Zwei Friedensreden Mussolinis

Eine Botschaft, die Mussolini am Neujahrabend über den Rundfunk an die Vereinigten Staaten gerichtet hat, ist ein starkes Bekenntnis zum Friedenswillen Mussolinis. Mussolini sprach zunächst von der ausschlaggebenden Bedeutung der Vereinigten Staaten im Weltkrieg und erklärte, daß ohne ihre Mitarbeit heute die Welt aus der Nachkriegskrise nicht herauskommen könne. Sodann wandte er sich energisch gegen die Gerüchte, daß der Faschismus eine Gefahr für den Frieden bedeute und erklärte, daß Italien nicht daran denke, einen Krieg, der sich infolge der neuen wissenschaftlichen Entdeckungen noch viel tödlicher gestalten würde, wie der Weltkrieg, zu entfachen.

Der Faschismus habe den Wunsch, dem italienischen Volk in Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern eine Zukunft von Wohlstand und Frieden zu sichern. Zu den Beziehungen mit England erklärte er, daß sie lediglich wirtschaftlicher Art seien. Zur Arbeitslosigkeit in Italien erklärte er, daß die halbe Million Arbeitsloser zwar große Besorgnis erzeuge, daß aber trotz der Arbeitslosigkeit in allen Schichten Italiens Ruhe und Frieden herrsche.

Ferner veröffentlichte der Londoner „Daily Mail“ eine Unterredung ihres Sonderberichterstatters in Rom mit Mussolini, in deren Verlauf der italienische Regierungschef erklärte:

Die Lage der internationalen Angelegenheiten in Europa ist sehr gespannt. Die Ursache liegt in der großen Ungleichheit der Rüstungen. Die vorhandene militärische Vorherrschaft einer Gruppe von Staaten macht die nominelle Gleichberechtigung innerhalb des Völkerbundes zu einem Trug. Ich weiß, daß die französische Nation nicht angriffsunfähig ist, aber die militärische Hegemonie, die sie in Europa geschaffen hat, hält den gesamten Kontinent in Erregung.

Neben der Verminderung der Rüstungen ist die Revision der Friedensverträge notwendig, um Europa ein Gefühl der Sicherheit wiederzugeben. Es gibt territoriale Aburteilungen, mit denen aufgeräumt werden muß, es gibt moralische Unbilden, wie die Verstimmlung Ungarns, die wieder gutgemacht werden müssen. Italien zielt nicht auf die Bildung eines revisionistischen Blodes hin, aber die Anstrengungen, die unternommen werden, um die gegenwärtigen Verhältnisse in Europa zu kristallisieren, kann nur eine Gemeinschaft derjenigen schaffen, die von ihnen beeinträchtigt werden.

Das Organ des Vatikans, der „Osservatore Romano“, erwähnt in einem Kommentar zu der Weihnachtsansprache des Papstes die Katholiken der ganzen Welt, sich organisch aufzuschießen, um das ganze Gewicht ihrer Weltanschauung in Wort und Schrift für das Werk des Friedens aktiv einzusetzen.

### Ausführungen in der Neujahrnacht

In der Neujahrnacht wurde in Stuttgart gegen 150 Personen wegen Aufbegehrens, unerlaubten Schießens und anderer Übertretungen eingekerkert. Kurz nach 2 Uhr morgens drangen eine Anzahl Kommunisten in eine Wirtschaft der Sophienstraße ein, in der Nationalsozialisten eine Silvesterfeier abhielten. Es entspann sich ein Schlägerei, die sich auf der Straße fortsetzte und in deren Verlauf nach bisheriger Feststellung drei Kommunisten und acht Nationalsozialisten verletzt wurden. Einer der letzteren erhielt einen Stich in die Brust, der nach kurzer Zeit seinen Tod zur Folge hatte. Auch in der Gutenbergsstraße entstand zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten eine Schlägerei, bei der mehrere beteiligte Verletzungen davontrugen.

Wie gewöhnlich ist es in Berlin auch in der Neujahrnacht wieder zu zahlreichen Zusammenstößen, teils infolge übermäßigen Alkoholgenußes, teils wegen politischer Meinungsverschiedenheiten, gekommen. Auch eine Reihe von Straßenunfällen mit dem Polizeibericht, wie auch Selbstmorde und Selbstmordversuche. U. a. entstand in den Morgenstunden in der Auslandstraße eine politische Schlägerei zwischen Angehörigen der NSDAP und des Reichsbanners, bei welcher zwei Angehörige des Reichsbanners durch mehrere Schüsse getötet wurden.

In Groß-Berlin sind insgesamt 383 Personen festgenommen und zum Polizeipräsidium gebracht worden.

In der Silvesternacht kam es in verschiedenen Städten des Industriegebietes, so in Offen, Altmessen, Bortrop und Gelsenkirchen zu schweren Auseinandersetzungen. Insgesamt erlitten etwa neun Personen meist durch Messerhiebe mehr oder minder gefährliche Verletzungen.

### Kleine Chronik

Der Rittergutsbesitzer Freiherr v. Walsahn auf Schloß Grubenhagen bei Malchin (Schwerin), der einer altangehörigen mecklenburgischen Adelsfamilie angehört, ist am Neujahrstag von dem Gutsbesitzer Jakob nach einem heftigen Wortwechsel mit dem Messer angegriffen und so schwer verletzt worden, daß er nach wenigen Minuten verstarb. Jakob feuerte, als er verhaftet wurde, auf die Bedarmen mehrere Schüsse ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einer Straßenbahn und einem Autobus wurden in Paisly (Schottland) 35 Personen verletzt, darunter mehrere schwer.

In einer Vorstadt von Chicago wurde ein Auto, in welchem zwei befreundete Familien von einem Ausflug zurückkehrten, an einer Bahnkreuzung von einem Eisenbahnzug überrollt. Von den Insassen des Autos wurden neun auf der Stelle getötet, nur ein 3 Monate altes Kind kam wie durch ein Wunder mit dem Leben davon.

In Jersey City richtete ein Feuerbrand in den Anlagen für über eine Million Dollar Schaden an. Mehrere Biers der Pennsylvania-Eisenbahn, deren Anlagen über 150 Meter lang ist, wurden zerstört.

## Wirtschaftliche Umschau

### Die deutsche Krise und die Weltwirtschaftskrise — Aluminium

Mit rund 4 Millionen Arbeitslosen tritt die deutsche Volkswirtschaft in das neue Jahr, während im Vorjahr zum gleichen Zeitpunkt etwas über 2 1/2 Mill. Arbeitslose zu verzeichnen waren. Diese Zahlen illustrieren zur Genüge den Abstieg unserer Wirtschaft und die Schwierigkeiten der vorhandenen Probleme. Wir wissen, daß die Schlüssel zur Abhilfe nur zum Teil in den Händen der deutschen Geheggebung und Wirtschaft liegen, daß der deutsche Kapitalmangel dauernd durch die Reparations Tribute verschärft wird, und daß außerdem die Weltwirtschaftskrise sich auch besonders auf ein in solcher Lage wie Deutschland befindliches Land auswirken muß. Auch die Reichsregierung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die in der letzten Notverordnung getroffenen Maßnahmen nur ein Anfang dessen sein könnten, was der deutsche Staat an wirtschaftsfördernden Reformen zu leisten habe, und daß die von internationaler Seite herkommenden Schwierigkeiten Deutschland seinerseits geradezu zwingen, nichts in der Politik der Selbsterhaltung zu unterlassen und geübene Fehler wieder gutzumachen. Wir müssen dazu endlich lernen, uns nach der Decke zu strecken.

Seit 1927 währt nun die rückläufige Konjunktur, ihr Beginn fällt somit vor den Einfluß der Weltwirtschaftskrise. Es wird natürlich immer wieder die Frage gestellt, wann endlich damit gerechnet werden könne, daß nach dem dauernden Abschwanzen auch wieder einmal der Aufschwung einsetze. Bessere Beschäftigung kann nur aus der Wiedererstarbung des Bedarfs im Inland und Ausland kommen. Voraussetzung aber für die Auswirkung einer solchen Bedarfssteigerung auf die deutsche Produktion ist es, daß sie in stand gesetzt wird, auf einer möglichst günstigen Grundlage mit der Produktion des Auslandes zu konkurrieren. Diese Tatsache weist auf die gewaltige Bedeutung der geheggeberischen Reformen auf finanz- und wirtschaftspolitischen Gebiet hin und hält zugleich von allen fatalistischen Gedankengängen ab. Es muß alles geschehen, um die Lasten der deutschen Wirtschaft zu erleichtern, durch geeignete Wirtschaftspolitik auf der steuer-, sozial- und handelspolitischen Seite und durch Wiederherstellung des Vertrauens auf die finanzpolitische Seite, um aus dem Kapitalüberfluß der Welt Kredite hereinzubekommen und die Höhe der Kapitalzinsen zu vermindern.

Der letzte Bericht des Instituts für Konjunkturforschung beschäftigt sich ausführlich mit der „Bedarfssteigerung“, die sich während des Konjunkturabschwungs herausgebildet hat. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Preislenkung hin. Je durchgreifender und rascher sie vor sich gehen könne und sich der Weltmarktlage anpasse, desto eher könnten die vom Verbrauch herkommenden Auftriebstendenzen wieder zum Einfluß kommen. Preislenkung (und natürlich auch Senkung der öffentlichen Lasten) sei das wirksamste Mittel, im Inland dem durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau eintretenden Kaufkraftverlust entgegenzuwirken. Die Überwindung des Gipfels der Krise sei aber erst erreicht, wenn die vom Weltmarkt kommenden Preiseinbrüche und die von der öffentlichen Finanzgebarung stark abhängige Kreditklemme behoben seien. Der deutsche Export habe sich — trotz seines augenblicklichen Rückgangs — wesentlich besser gehalten als derjenige der mit Deutschland konkurrierenden Länder; deshalb ist anzunehmen, daß an einer Besserung der Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte, die deutsche Industrie besonderen Anteil haben wird. Der Bericht kommt freilich zu dem Schluß, daß für eine schnelle Überwindung der internationalen Depression noch keine Anzeichen vorhanden seien. Eine Steigerung der deutschen Ausfuhr könne nur allmählich zur Besserung unserer Wirtschaftslage beitragen, da z. B. eine Mehrausfuhr im Wert von einer Milliarde nur rund 150 000 bis 200 000 Arbeitern Beschäftigung bringe. Der Impuls, der von einer solchen Steigerung über ausgebe, sei voraussichtlich kräftiger als die direkte Wirkung auf den Arbeitsmarkt.

Wir möchten hinzufügen, daß man zum wirtschaftlichen Erfolg, wie im Leben überhaupt, Glauben und Optimismus braucht. Man muß die Möglichkeiten und Gefahren nach der negativen Seite hin abwägen und ihnen zu begegnen suchen, darf aber nicht außer acht lassen, daß möglicherweise ja früher oder später, günstigere Entwicklungen — das liegt schon im Begriff „Konjunktur“ begründet — eintreten, die ebenso wie viele ungünstige Momente sich allen Berechnungen entziehen. Selbstvertrauen und zielbewußtes Handeln sind gerade jetzt notwendig, aber ohne Optimismus nicht denkbar. Auch die seelische Depression, ein lähmender Fatalismus, muß überwunden werden, wenn es wieder aufwärts gehen soll. Mancherlei Anzeichen sind ja trotz aller Gegenströmungen vorhanden von dem Wachsen der Erkenntnis in der ganzen Welt, daß sie jetzt erst die Auswirkungen des Krieges und der ihm folgenden Diktate und der ganzen Nachkriegspolitik zu fühlen bekommt, daß hier Revisionen notwendig sind, daß vor allem die Unterbindung der Freizügigkeit von Ware, Kapital und Menschen für die heutige Not verantwortlich ist und daß nur in gemeinsamem Zusammenwirken die Krise endgültig wird

behalten werden können, die in den großen Industriestaaten zur Arbeitslosigkeit von rund 18 Millionen geführt hat.

Die deutsche Aluminiumherzeugung, die größte der europäischen Länder, befindet sich überwiegend im Besitz des Reichs, das in der „Vag“ (Vereinigten Industrieunternehmen AG) eine Reihe großer Werke vereinigt, darunter die Zinnwerke in Töging (Bayern), das Lautawerk, das Erstwerk. Baden besitzt das älteste Aluminiumwerk Deutschlands in Rheinfelden, das jedoch dem schweizerischen Konzern der Aluminiumindustrie AG. Neuhäusen zugehört. Die schweizerische Rohaluminiumindustrie hat ferner auch Walzwerke in Südbaden, in Singen, Tenningen und Billingen gegründet, welche natürlich das schweizerische Rohaluminium verarbeiten sollen und, wie mitgeteilt wird, fast deren gesamten Weltabsatz an Halbfabrikaten herstellen und dadurch erhebliche Bedeutung gewinnen. Das Singener Walzwerk sollte dazu eine Vergrößerung erfahren. Nun wird aber der Aluminiumzoll auch für den Veredelungsverkehr erhoben, mit der Begründung, daß die deutsche Aluminiumproduktion immer stärkere Produktionseinschränkungen vornehmen mußte, und daß trotzdem dem in schweizerischem Besitz befindlichen Rohaluminiumwerk in Rheinfelden eine Produktionssteigerung um 2000 Tonnen zugestanden worden ist. Von Südbaden her wird gegen die Ausdehnung des Zolls auf den Veredelungsverkehr protestiert, da dadurch etwa 600 Arbeiter brotlos werden. Das Reich benutze seine Geheggebung, um die ihm gehörigen Erzeugungswerke zu unterstützen. Die Schweiz andererseits bestrebe darauf, zu ihren badischen Werken selbst das Rohaluminium zu liefern, zumal diese Werke hauptsächlich für den Export arbeiten. Es drohe nun die Verlegung der Walzaufträge von Baden nach der Schweiz.

## Badischer Teil

### Neujahrsempfang beim Erzbischof

Am Neujahrstag hatten sich, wie immer, die Mitglieder des Domkapitels und des erzbischöflichen Ordinariats, die Beamten der Kanzlei sowie die Geistlichkeit Freiburgs im Palais des Erzbischofs zur Gratulation eingefunden. Weihbischof Dr. Burger sprach das Vertrauen der Geistlichkeit auf die Führung des Oberhirten aus, der seit zehn Jahren die Erzbischöfliche Freiburg geleitet habe. Erzbischof Dr. Gaei teilte in seiner Erwiderung mit, daß noch in diesem Jahre eine Diözesanynode stattfinden, die im Hinblick auf die herrschenden Zeitverhältnisse die Heilmittel eingehend beraten soll. Es gelte in erster Linie, wieder das Wort Gottes in seiner Reinheit und Kraft dem Volk zu vermitteln. Die Kirche müsse alle Mittel aufbieten, um die größte Not zu lindern. Das neue Jahr werde wieder außerordentliche Anforderungen an die Laikraft und Opferbereitschaft der Geistlichen stellen.

### Dienstjahre

Der seit dem Frühjahr 1905 als Bibliotheksverwalter bei der Bad. Gewerbebehörde des Badischen Landesgewerbeamts, Karlsruhe, amtierende Regierungsrat Lohr scheidet nach verdienstvollem Wirken durch Erreichung des Pensionierungsalters am 1. Januar 1931 aus seinem Dienste aus. Lohr, welcher dem Gewerbeamt als Beamter, hat nach vorausgegangenen Vorbereitungen seines Vorgängers, des jetzigen Gewerbeamtverwalters Schuhmacher, Freiburg, als wertvollste und wichtigste Sondertätigkeit auf seinem Posten die Neubearbeitung des Gesamtkataloges der umfangreichen Wägerei nach dem Schlagwortsystem durchgeführt, was allgemeinen Ansehen gefunden und sich bestens bewährt hat.

Außerdem machte sich Lohr auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens für das Handwerk einen Namen und erwarb sich große Verdienste durch Vorträge, Ratserteilung und Gründung von über 100 Handwerker-Genossenschaften, die größtenteils noch heute bestehen.

Im Kreise seiner ihm schätzenden Mitarbeiter, der Beamten und Angestellten des Landesgewerbeamts feierte dessen Direktor, Oberregierungsrat Buerens, den scheidenden Bibliotheksverwalter an seinem letzten Dienstage in anerkennenden Worten und sprach ihm mit den besten Wünschen für die Zukunft den Dank für seine pflichttreue Arbeit aus, die insbesondere durch sein Entgegenkommen namentlich aus seitens der Benutzer der Gewerbebehörde stets gewürdigt wurde.

### Aus der badischen Industrie

Zum Lohnstreik in der badisch-pfälzischen Metallindustrie. Die Schlichter für Südwestdeutschland und für die Pfalz haben die Parteien von Amts wegen zu Nachverhandlungen über den Schiedspruch vom 29. Dezember 1930 auf den 8. Januar 1931 geladen.

Die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie. In Öttingen (Amt Bruchsal) hat die Arbeitslosigkeit beängstigende Formen angenommen. Bisher zählte man in dem 3600 Einwohner fassenden Orte bereits 700 Arbeitslose und mit dem letzten Jahrestage wurden auch die letzten Betriebe der Zigarettenindustrie geschlossen, womit sich die Zahl der Erwerbslosen auf nahezu 1200 erhöhte. Ein Drittel aller Einwohner ist also arbeitslos.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	2. Januar		31. Dezember	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	168.92	169.26	168.81	169.15
Kopenhagen 100 Kr.	112.17	112.39	112.10	112.32
Italien . . . 100 L.	21.965	22.005	21.96	22.00
London . . . 1 Pf.	20.369	20.409	20.365	20.405
New York 1 - D.	4.1955	4.2035	4.1940	4.220
Paris . . . 100 Fr.	16.47	16.51	16.468	16.508
Schweiz . . . 100 Fr.	81.31	81.47	81.30	81.46
Wien 100 Schilling	59.04	59.16	59.03	59.15
Prag . . . 100 Kr.	16.47	16.51	12.432	12.452

**E. Büchle** Inhaber: W. Bertsch  
Kaiserstraße 132  
Spezialhaus für

**Bilder u. Einrahmungen**

Gute Ausführung bei  
billigst. Berechnung  
Große Auswahl

Freigabe des in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Eigentums. Wie wir hören, läuft die Frist zur Anmeldung von Freigabeanträgen endgültig am 10. März 1931 ab. Es sollen sich noch zahlreiche Eigentümer beschlagnahmter deutscher Vermögen bisher um die Freigabe nicht gekümmert haben. Dies geht auch aus einer umfangreichen Liste hervor, die seitens der deutschen Botschaft den Handelskammern übermittelt worden ist, und auf welcher die Namen derjenigen Eigentümer verzeichnet sind, bezüglich deren Guthaben ein Freigabeantrag noch nicht gestellt ist. Es wird gut sein, wenn sich die Berechtigten um den Inhalt dieser Listen kümmern und ihre Freigabeanträge rechtzeitig stellen.

### Aus der Landeshauptstadt

Die Neujahrnacht. Der Übergang vom alten zum neuen Jahre ist in der badischen Landeshauptstadt ohne größere Zwischenfälle verlaufen. Die drückende Volksnot machte sich auch in dieser Nacht geltend, denn viel rascher als in früheren Jahren war das Anstehen des neuen Jahres zu Ende und über der Stadt wogte nur das feierliche Geläute. Der Verkehr in den Straßen war sehr gering und bald nach Mitternacht war die übliche Stille der gewöhnlichen Tage eingeleitet. Doch mußten mehrere Personen wegen Körperverletzung und groben Unfugs zur Anzeige gebracht werden. In zwei Fällen brachte man die Verletzten, da ihre Verletzungen erheblicher Natur sind, ins Krankenhaus. Bei einer Schlägerei im Wirtschaftshaus mußte der Notruf eingreifen. Zur Verhinderung weiterer Tätlichkeiten wurden vier Personen vorläufig festgenommen. Auch das Abbrennen von Feuerwerkskörpern und unerlaubtes Schießen hatte gegen mehrere Personen polizeiliches Einschreiten zur Folge. In der Neujahrnacht ließ sich auf der Bahnstrecke Durach-Bruchsal eine 81 Jahre alte Kinderärztin vom Zug überfahren. Die Lebensmüde, die an Gemütsdepression litt, war sofort tot.

Tarifbindung von Handel und Industrie. Wie der Zentralverband der Angestellten mitteilt, haben sämtliche Arbeitgeberverbände von Handel und Industrie neben der vor einiger Zeit erfolgten Kündigung der Tarifverträge nunmehr auch noch zum 31. März 1931 den gesamten Tarifvertrag gekündigt.

Zu einem Raubversuch am Silvesterabend in dem Juweliergeschäft Joehle in der Waldstraße im Zentrum der Stadt meldet der Polizeibericht: Am Mittwochabend ließ sich in dem Geschäft ein junger Mann von der Verkäuferin Waren zum Kauf vorlegen. Plötzlich forderte der junge Mann die Verkäuferin, indem er ihr vermute eine Waffe vorzeigt, auf die Hände hochzuhalten. Auf die Hilferufe der Verkäuferin schickte jedoch der Bürsche auf die Straße, ohne, soweit bisher festgestellt werden konnte, etwas entwendet zu haben. Die Polizei ist dem Täter bereits auf der Spur.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Im Laufe des gestrigen Tages sind die Temperaturen bei uns wieder gesunken, so daß im Gebirge bei Temperaturen um Null wieder eine leichte Schneedecke entstehen konnte, die sich aber hauptsächlich nur in Höhen über 800 Meter hielt. In der Ebene blieb es trotz Temperaturrückgang noch für die Jahreszeit mild. Die Luftzufuhr aus Westen wird anhalten. Wetterausblick: Vorübergehend aufheiternd, sonst keine wesentliche Änderung.

Wasserstände: Waldshut 243 minus 1, Basel 53 minus 1, Schutterinsel 120 plus 5, Rehl 267 plus 9, Maxau 451 minus 22, Mannheim 353 plus 28, Gaub über 200 Zentimeter.

### Gemeinderundschau

#### Die Finanzkrise der Gemeinden

Der Bürgerausschuß Sandhausen bei Heidelberg hat die Einführung der Bürgersteuer mit 39 gegen 24 Stimmen erneut abgelehnt. — Auch in Pfaffstadt (Amt Schwetzingen) hat der Gemeinderat die Deckungsvorschläge abgelehnt, so daß der Staatsaufsichtsbehörde Mitteilung gemacht werden muß. Bis jetzt hat sich ein ungedeckter Aufwand von 45 000 Reichsmark ergeben.

Der Bezirksrat Wiesloch beschloß, die Umlage der Gemeinde Walldorf von 1,68 auf 2,41 Reichsmark zu erhöhen. Der Gemeinde wurde das Recht eingeräumt, in den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1930/31 bis zu 50 000 Reichsmark als Rückstände einzustellen. Weiter wurde die Gemeinde Walldorf verpflichtet, binnen einer Frist von vier Wochen eine vierte Polizeibeamtenstelle zu schaffen, da die jetzigen schwierigen Verhältnisse und die Ereignisse der letzten Zeit nicht die Gewähr für eine sichere Durchführung der Polizeigewalt in Walldorf bieten.

Der städtische Haushalt in Bretten weist einen nicht gedeckten Betrag von rund 75 000 Reichsmark auf. Der Vorsitzende des Gemeinderats beantragte eine Nachtragsumlage von 10 Reichspfennig auf 100 Reichsmark Grundvermögen. Dadurch wird der Fehlbetrag nur teilweise gedeckt, so daß weitgehende Einsparungen dringend geboten sind. Die Anträge auf Einführung der erhöhten Biersteuer und der Bürgersteuer sowie auf Umlagerhöhung wurden vom Gemeinderat abgelehnt.

Der Bürgerausschuß Steinmauern bei Raffalt hat eine Nachtragsumlage von 22 Reichspfennig mit den Stimmen der Bürgerpartei und des Zentrums abgelehnt. Die Erhöhung der Bier- und Bürgersteuer wurde beschlossen.

Nachdem der Offenburger Stadtrat die Deckungsvorschläge abgelehnt hat, setzte der Landeskommissär zur Ausgleichung des Etats von 1930/31 für Offenburg die Bürgersteuer und Gemeindebürgersteuer in Kraft bei Anordnung einer Nachtragsumlage. Die Bürgersteuer hat eine Staffelung von 3 bis 30 Reichsmark; die Biersteuer wird am 1. Februar in Kraft treten und sieht für Lagerbier 10 Reichsmark und für Stachbier 15 Reichsmark pro Hektoliter vor. Die Nachtragsumlage sieht eine Umlage von 12 Reichspfennig für 100 Reichsmark Grundvermögen, von 5 Reichspfennig für 100 Reichsmark Betriebsvermögen, von 60 Reichspfennig für 10 000 Reichsmark Gewerbevermögen und von 70 Reichspfennig für über 10 000 Reichsmark Gewerbevermögen vor. Danach die Umlage für Offenburg in Zukunft: Grundvermögen 110, Betriebsvermögen 44, Gewerbevermögen bis 10 000 Reichsmark 550 Reichspfennig und über 10 000 Reichsmark 642 Reichspfennig.

Bei der Abstimmung im Vorräger Bürgerausschuß am Montagabend ergab sich, daß 41 Stimmen für und 41 Stimmen gegen die Einführung der Gemeindebürger- und Getränkesteuer vorlagen. Auf Grund des Stimmenschieds des Vorrägers galt die neue Steuer als angenommen. Gerade über diesen Punkt ist nun eine Streitfrage entstanden, da einzelne Parteien geltend machen, daß es auf Grund der badischen Gemeindeordnung keinen Stimmenschied des Vorrägers bei Beschlüssen des Bürgerausschusses gäbe. Bei Stimmengleichheit gelte also nicht die Annahme, sondern die Ablehnung der Steuer. Nun liegt beim Landeskommissär die Entscheidung über diese Frage.

Bürgermeisterwahlen. In Notzen (Amt Wiesloch) wurde Bürgermeister Menges, der schon 27 Jahre an der Spitze der Gemeinde steht, mit 102 von 167 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. — In Eggenstein (Amt Karlsrue) wurde Adlerwirt Endle mit 30 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Der bisherige Bürgermeister Stern ist mit 24 Stimmen unterlegen.

Konkrete Wahl erforderlich. Durch Entschließung des Landeskommissärs in Mannheim wurde die Wahl des Bezirksrats im Amtsbezirk Wertheim vom 16. Nov. 1930 für ungültig erklärt.

Der Bürgerausschuß Diebheim (Amt Wiesloch) hat die Durchführung der Kanalisation als Notstandsarbeit mit einem Kostenaufwand von 78 000 M. zugestimmt. Das Ministerium des Innern bewilligt hierzu als verstärkte Förderung ein Darlehen, während zur teilweisen Deckung der Kosten für die Herstellung der Entwässerungsanlage ein Darlehen in Höhe von 45 000 M. aufgenommen wird.

Eine Notgemeinschaft für Forstheim. Auch in Forstheim wurde eine Notgemeinschaft für soziale Fürsorge gegründet, die gleich nach Neujahr ihre Tätigkeit aufnehmen soll. In der Aussprache, die auf Einladung des Oberbürgermeisters stattfand, wurde mitgeteilt, daß viele Betriebe infolge der schlechten Geschäftslage, vorübergehend schließen müssen.

Eine ganze Gemeinde arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit ist in der Gemeinde St. Leon von katastrophaler Auswirkung. Nachdem die Zigarrenfabriken kurz vor Weihnachten ebenfalls ihre Betriebe geschlossen haben, und da auch die Mannheimer Industrie Entlassungen vorgenommen hat, steigerte sich die Zahl der Arbeitslosen auf über 500, d. h. in anderen Worten: Jeder vierte Einwohner ist arbeitslos! Die der Gemeinde entstehenden Wohlfahrtslasten sind nahezu erdrückend.

Der Betrieb der Strecke Rufenbach-Brüdingen. Der Forstheimer Stadtrat hat nach Prüfung der in wirtschaftlicher, technischer und nachbarlicher Hinsicht in Betracht kommenden Gesichtspunkte die Beteiligung an einer Gemeinschaftsaktion zugunsten der Weiterführung der Weg für den Monat Januar 1931 gutgeheißen. Dies soll nach dem Willen des Stadtrats seinen Schluß auf den Umfang einer etwaigen, wenn wirtschaftlich überhaupt vertretbaren Beteiligung der Stadt an der Vereinigung von Gemeinden und Anliegerinteressen anlassen, die sich mit der Weiterführung des Betriebs auf der Strecke Forstheim-Ittersbach (Rufenbach) über den Januar hinaus befaßt. — Die Notgemeinschaft der beteiligten Gemeinden will versuchen, einen Überbrückungskredit bereitzustellen, welcher den vorläufigen einfachen Betrieb der Bahn für Januar ermöglicht, in welcher Zeit es sich dann zeigen muß, ob sich eine Vereinigung finden läßt, welche etwa nachweislich die Bahn weiterbetreibt.

Sparmaßnahmen der Reichsbahn? Die der „Alb-Route“ in Waldshut meldet, gehört zu den Sparmaßnahmen der Deutschen Reichsbahn auch der Abbau von drei Hauptlinien, die zu Nebenlinien zurückversetzt werden sollen. Man spräche von den Linien Heidelberg-Medesheim-Wiesloch, der Wiesentalbahn und von der Butschalpbahn. Letztere erhielt erst vor kurzem einen vollständig neuen Unterbau sowie eine Verstärkung der Butschalpbahn. Der „Alb-Route“ führt dazu

noch aus, daß die Bevölkerung mit solchen Maßnahmen sich nicht ohne weiteres einverstanden erkläre, besonders nicht die interessierten Kreise.

Gemeinderatswahl. Bei der am Samstag stattgefundenen Wahl des neuen Gemeinderats in Überlingen erhielten das Zentrum 5 (6), die vereinigte Liste der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei 3 (bisher Staatspartei 3 und Volkspartei 1), Sozialdemokraten 2 (2), Nationalsozialisten und Deutschnationale je 1 Sitz (bisher Deutschnationale 1).

Gehaltskürzung der Landbürgermeister. Die Bürgermeistervereinerung des Amtsbezirks Donaueschingen befahte sich mit der Gehaltskürzung und beschloß, die Kürzung der Bürgermeistergelder der Landgemeinden, soweit diese über 1500 M. jährlich betragen, in gleichem Ausmaß wie die Beamtengelder auf Grund der Notverordnung mit Wirkung vom 1. Februar 1931.

Geführentzückung zugunsten der Armen. Der Gemeinderat Laubersheim beschloß, 50 Proz. der ihm zustehenden Gemeinderatsgehälter der Armenliste zuzuführen zu lassen. Den gleichen Betrag läßt auch der Bürgermeister als Vorsitzender des Gemeinderats dem gleichen Zwecke zukommen.

Neuwahlen in Endingen a. N. Vom Bezirksrat in Emmendingen wurde dem Einspruch gegen die Gemeindevorwahlen in Endingen a. N. stattgegeben. Infolge dessen müssen sowohl die Bürgerausschuwahlen wie die Gemeinderatswahlen von neuem vorgenommen werden. Die Bürgermeister begünstigten sich in der Hauptsache auf Verstöße gegen das Wahlgheimnis (gleichzeitiges Betreten der Wahlzelle durch mehrere Personen).

### Kurze Nachrichten aus Baden

#### Abreise des Reichsanzlers von Badenweiler

Dr. W. Badenweiler, 2. Jan. (Tel.) Reichsanzler Dr. Brüning verläßt heute in Begleitung des deutschen Gesandten in Bern, Dr. Müller, Badenweiler und begibt sich nach Freiburg, um von da aus im Laufe des Tages die Rückfahrt nach Berlin anzutreten.

#### Besuch des Reichsaußenministers in Baden

Mannheim, 31. Dez. Reichsaußenminister Dr. Curtius bringt vor seiner Reise zur Ratstagung nach Genf einige Tage in Baden. Am 4. Januar findet in Forstheim in volksparteilichem Kreis ein politischer Informationskurs statt, am 6. Januar spricht Dr. Curtius in Heidelberg, am 8. Januar abends in Mannheim in der „Harmonie“ in einer geschlossenen Mitgliederversammlung.

Hd. Mannheim, 1. Jan. Die Neujahrnacht ist in Mannheim verhältnismäßig ruhig verlaufen. Der Polizeibericht vermerkt „nur“ 25 Unfälle und 24 Festnahmen, wobei allerdings festgestellt werden muß, daß sich die Polizei allgemein sehr zurückhält und nur in unbedingt notwendigen Fällen einschreitet. Ein traurigeres Zeichen sind dagegen ein Selbstmord und vier Selbstmordversuche. Ein 60 Jahre alter verwitweter Maschinist hat sich in seiner Wohnung erhängt. Eine lediger 22 Jahre alter Polizeiwachmeister aus dem Bayerischen, der sich einen Bistulenschuß in die linke Schläfe beibrachte, und eine 34 Jahre alte Ehefrau, die sich durch Einatmen von Gas zu töten versuchte, schweben in Lebensgefahr.

D3. Bruchsal, 30. Dez. Der Stadtrat hat mit sofortiger Wirkung die Erhebung der Gaspreise des Städt. Gaswerks beschlossen.

D3. Ulm (Amt Bühl), 1. Jan. In den Erbbeeranlagen des Gärtners Wilhelm Fischer im Weingarten Berg wurde dieser Tage eine zweite Ernte schön entwickelter Erdbeeren (Ananas) geerntet. Eine Reihe blühender Sträucher ist weiter ein Zeichen des bisher milden Wetters.

D3. Freiburg i. Br., 30. Dez. Ein am Schlachtereier beschäftigt Arbeiter verfuhrte mit einer Arbeiterfabrik, auf der er das Datum abgeändert hatte, von Litzsee nach einer Station in Mittelbaden zu reisen. Er wurde aber schon in Freiburg angefaßt und zur Anzeige gebracht. Der der Reichsbahn erwachsene Schaden beträgt 1,80 M. Eine Fahrkarte gilt als eine öffentliche Urkunde, für deren Fälschung das Gesetz eine Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis vorsieht. Der Arbeiter mußte, trotz der an sich geringfügigen Tat, zu dieser Strafe verurteilt werden.

Hd. Freiburg i. Br., 1. Jan. Der „Oberheinische Beobachter“ in Freiburg, das Organ der Demokratischen Partei hat nach siebenjährigem Bestehen am 1. Januar 1931 sein Erscheinen eingestellt. Wirtschaftliche Sorgen und die parteipolitischen Verhältnisse zwangen den Verleger, seinen Zeitungsbetrieb einzustellen.

D3. Waldshut, 31. Dez. Die gegenüberliegende schweizerische Gemeinde Fall befaßt sich zur Zeit ernsthaft mit der Erstellung eines Rheinsteiges nach Waldshut und wird sich deswegen mit dem Waldshuter Gemeinderat in Verbindung setzen. Dieser Plan ist infolgedessen gut geworden, als durch die Rheininstellung der bisherige Fährbetrieb aufgehoben werden wird.

### Bekanntmachung

#### Durchführung der Nachweisung.

Das Staatseichamt Karlsruhe, Stefanienstraße 51, beginnt am 5. Januar 1931 mit der Nachweisung der in der Landeshauptstadt Karlsruhe im öffentlichen Verkehr zur Verwendung gelangenden Messgeräte. Die Gewerbetreibenden werden, soweit sie im Adreßbuch aufgeführt sind, durch das Staatseichamt mit Postkarte aufgefordert, ihre Maße, Gewichte und Waagen an bestimmten Terminen zur Nachweisung vorzulegen. Diesen Aufforderungen ist Folge zu leisten. Vorzulegen sind alle Messgeräte, die das Jahreszeichen 29 oder ein früheres Jahreszeichen tragen. Nach Beendigung der Nachweisung in den einzelnen Polizeireviere werden polizeiliche Kontrollen durchgeführt. Werden hierbei Übertretungen der Maß- und Gewichtsordnung festgestellt, so hat der betr. Gewerbetreibende Bestrafung zu gewärtigen. **Karlsruhe, den 31. Dez. 1930. D. 3. 88**

Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

Nachdem im Jarenstall in Karlsruhe-Daglanden die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, wird folgende Anordnung getroffen: Der Vorort Karlsruhe-Daglanden bildet einen Sperrbezirk i. S. der §§ 161 ff. der Ausführungsverordnungen des Bundesrats zum Reichsinfektionsgesetz. **Karlsruhe, den 31. Dez. 1930. D. 3. 89**

Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion B.

Die Maul- und Klauenseuche in Gagsfeld und Kleinsteinstadt ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben. **Karlsruhe, den 30. Dez. 1930. D. 3. 86**

#### Klinikenbauten in Freiburg i. Br.

**Ausschreibung** für den Neubau der medizinischen Klinik haben wir die **Karlsruhe, den 30. Dez. 1930. D. 3. 86**

**Schlosserarbeiten** (Anschlagen der Türen) öffentlich zu vergeben. Die Angebotsordrude können auf dem Baubüro **Karlsruhe, den 30. Dez. 1930. D. 3. 88**

**Waldshut** (Anschlagen der Türen) öffentlich zu vergeben. Die Angebotsordrude können auf dem Baubüro **Karlsruhe, den 30. Dez. 1930. D. 3. 88**

**Karlsruhe** (Anschlagen der Türen) öffentlich zu vergeben. Die Angebotsordrude können auf dem Baubüro **Karlsruhe, den 30. Dez. 1930. D. 3. 88**

wurde gemäß §§ 50, 51 und 54 B.O. allgemein verboten, über die Vermögensstände ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag ist bestimmt auf: **Karlsruhe, den 30. Dez. 1930, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, II. Stock, Zimmer 150.** Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Geschäftsstelle, Zimmer 149, zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt. **Karlsruhe, den 30. Dez. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.**

**Karlsruhe** (Anschlagen der Türen) öffentlich zu vergeben. Die Angebotsordrude können auf dem Baubüro **Karlsruhe, den 30. Dez. 1930. D. 3. 88**

**Karlsruhe** (Anschlagen der Türen) öffentlich zu vergeben. Die Angebotsordrude können auf dem Baubüro **Karlsruhe, den 30. Dez. 1930. D. 3. 88**

**Karlsruhe** (Anschlagen der Türen) öffentlich zu vergeben. Die Angebotsordrude können auf dem Baubüro **Karlsruhe, den 30. Dez. 1930. D. 3. 88**

**Karlsruhe** (Anschlagen der Türen) öffentlich zu vergeben. Die Angebotsordrude können auf dem Baubüro **Karlsruhe, den 30. Dez. 1930. D. 3. 88**

**Karlsruhe** (Anschlagen der Türen) öffentlich zu vergeben. Die Angebotsordrude können auf dem Baubüro **Karlsruhe, den 30. Dez. 1930. D. 3. 88**

**Mitwirkende:** Ermarth, Frauenorfer, Nyhoff, Schreiner, Seiling, Guse, Brand, Dahlen, Gemmecke, Graf, Herz, Hierl, Höder, Jutz, O. Kiencher, Kloeb, Kubne, Rehner, Ritter, Schulze, v. d. Trenck, S. Kiencher, Luther

Anfang 20 Ende 27 Preise A (0,70—5 M)

So. 4. 1. Die Wälfur. Im Konigertaus: Die Sache, die sich Liebe nennt. No. 5. 1. Elisabeth von England.

**Ulmer Gänse**

La. junge fette, bratfertig u. geschlossene, Stück 7 M bis 11 M verendet (A. 833)

**Otto Blind, Ulm a. D.** Telefon 3668